

Zeit für Veränderung

(Fortsetzung) - Denn keineswegs kann den Fakultäten und der Universitätsverwaltung attestiert werden, sie würde die Studiengebühren zur Verbesserung der Lehre verwenden. Erst kürzlich musste das Rektorat entscheiden, dass Studierende der klassischen Philologie unzureichend auf ihren Abschluss vorbereitet wurden. Konsequenz: Rückerstattung der Studiengebühren!

An anderer Stelle werden nun Tutorien aus Studiengebühren finanziert, die vor deren Einführung noch aus anderen Töpfen Gelder erhalten haben. Zum Beispiel an der juristischen Fakultät: Dort wurde das Mentorenprogramm bis zum Sommersemester 2006 auch ohne Campus-Maut gestemmt. Nun stammen die Mittel aus den von allen zu entrichtenden Studiengebühren.

Bildung ist ein Grundrecht!

Gewiss: An vielen Fakultäten verbesserte sich die Situation. Diese tatsächlichen Verbesserungen wurden jedoch bereits lange vor Einführung der Studiengebühren angemahnt. Nur weil das Land NRW nicht mehr Geld für seine Hochschulen ausgeben wollte, blieben dringende Verbesserungen aus.

Dabei ist die universitäre bzw. hochschulische Ausbildung Allgemeingut. Bildung ist ein Grundrecht, dazu gehört auch die Hochschulbildung. Nur weil der Staat sich aus der Verantwortung stiehlt und Studiengebühren einführt, ist hier nicht das letzte

Wort gesprochen. Wer will, dass an Hochschulen und Universitäten gut ausgebildet werden soll, damit Gesellschaft und Wirtschaft auf gute Fachkräfte zurückgreifen können, darf keine Hürden ins Bildungssystem einbauen!

Hürden für sozial Schwache

Die Zahl derer, die sich aus finanziellen Gründen ein Studium nicht mehr leisten können, steigt weiter. Gerade Personen mit sozial schwachem Hintergrund werden vom Studium de facto abgehalten. Ein unhaltbarer Zustand!

Das Schuldenstudium ist zur Regel geworden. Vielfach werden Studienkredite oder andere Darlehen aufgenommen, um den Lebensunterhalt während des Studiums sichern zu können. Studiengebühren werden oftmals über den NRW-Kredit finanziert. Das ist doppelt ungerecht: Wer sich Studiengebühren nicht leisten kann, muss einen Kredit aufnehmen und zahlt durch die aufkommende Zinslast mehr! Das heißt: Arme Studis zahlen mehr pro Semester als reiche!

Zeit für Verbesserung

Stichwort BAföG: Die designierte Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP will unbedingt Steuersenkungen für Besserverdienende erreichen. Um dies zumindest ein bisschen gegenzufinanzieren, arbeitet man an einer Streichliste. Erste Details dieser Liste wurden nun bekannt.

Unter anderem möchte man das BAföG wieder zu einem Volldarlehen umfunktionieren. Auch der Höchstbetrag, der an den Staat zurückzuzahlen ist, soll wieder erhöht werden. Die Konsequenz: Die Tendenz zum Schuldenstudium geht weiter!

Schuldenfalle Studium: Wann kommt Peter Zwegat?

Das ist nicht unser Verständnis von gerechter Gesellschaftspolitik. Bildungs- und Hochschulpolitik muss den Anspruch haben, dass - ausnahmslos - alle von einem durchlässigen und zuverlässigen Bildungssystem profitieren können. Wir wollen nicht, dass Peter Zwegat Dauergast bei klammen Studierenden sein wird!

Wir wollen Verbesserung. Das heißt: Einer Verbesserung der Lehre, aber auch der anderen Umstände. Wir wollen ein solidarisch finanziertes Hochschulsystem - aus Steuermitteln!

Wir fordern ein solidarisches BAföG -

elternunabhängig und ohne Schuldengarantie.

Auch hier auf dem Campus muss sich etwas tun. So muss sich auch das Verständnis der Studierendenvertretung grundlegend verändern.

Der Anspruch von AStA und co. muss sein, als Studierendenvertretung alle Studierenden zu vertreten. Einseitige Klientelpolitik hilft niemandem - nicht einmal der eigenen Klientel.

Richtig ist, gerade (politischen) Minderheiten Gehör zu geben. Aber die Politik der Studierendenvertretung fast nur auf diese zu beschränken ist falsch. Alle müssen politisch vertreten werden! Wir stehen zu den autonomen Referaten für Frauen/Lesben, MigrantInnen und Schwule. Ihre Arbeit ist wichtig.

Aber benötigt ein AStA selbst 50 ReferentInnen und sollten nur gewisse politische Lager vom AStA-Angebot profitieren? Wir sagen: Nein!

Wir wollen eine Studierendenvertretung, die die Studierenden vertritt. Wir wollen einen personell entschlackten AStA. Wir wollen nicht, dass nur alte politische Freunde mit Stellen im AStA belohnt werden. Wir wollen mehr Transparenz. Wir wollen die Studierenden vertreten.